

Herrn
Richard Petersen

Per E-Mail an:

Nachrichtlich an:

Programmdirektor Information Thomas Hinrichs

München, 8. Mai 2025

Ihre Zuschrift vom 22. April 2025

Sehr geehrter Herr Petersen,

Ihre Zuschrift vom 22. April 2025 habe ich erhalten. Mit dieser Zuschrift machen Sie Einwendungen gegen die Antwort der Geschäftsstelle des Rundfunkrats vom 24. März 2025 geltend. Ich habe auf Ihr Schreiben hin die Programmverantwortlichen um Stellungnahme gebeten.

Sie machen weiterhin geltend, dass in einem Artikel über den Rücktritt des damaligen Präsidenten Rumäniens, Klaus Iohannis, falsche Formulierungen über die zurückliegenden Präsidentschaftswahlen in Rumänien verwendet worden seien. Ihren Einwänden kann ich nach eingehender Prüfung der vorliegenden Informationen nicht Rechnung tragen und muss somit Ihren Widerspruch zurückweisen. Ein Verstoß gegen den Medienstaatsvertrag, das Bayerische Rundfunkgesetz, die Programmrichtlinien des Bayerischen Rundfunks und die Grundsätze journalistischen Arbeitens liegt nicht vor.

Die Programmverantwortlichen haben mit der Formulierung im Teaser „Alles hat zu tun mit vermuteter Einflussnahme Russlands“ die ihnen gebotene journalistische Sorgfaltspflicht beachtet, da dieser Satz keine Aussage über eine gesicherte Tatsache ausdrückt, sondern die Sachlage der Vermutung vollkommen korrekt als solche formuliert. Auch ist diese Vermutung nicht eine eigene, sondern referiert Aussagen vor Ort. Der rumänische Auslandsgeheimdienst

Serviciul de Informatii Externe (SIE) hatte hierzu nachweislich Hinweise für eine solche Wahlbeeinflussung veröffentlicht. In einem Schreiben an den Rat für Nationale Verteidigung Rumäniens (CSAT) heißt es: „Rumänien (ist) ein Ziel für aggressive russische hybride Aktionen, einschließlich Cyberangriffe (hacks und leaks) sowie Sabotage.“ Das wird von den Programmverantwortlichen korrekterweise als Hinweis aufgenommen, so wie es dann auch in dem Text auf tageschau.de mit dem von Ihnen aufgegriffenen Satz formuliert wird. Weiter heißt es aber auch in dem Schreiben des SIE, dass Rumänien Priorität für Russlands feindliche Aktionen habe, mit einem wachsenden Interesse der russischen Regierung an der Beeinflussung der rumänischen Gesellschaft durch Propaganda und Desinformation und „der Unterstützung euroskeptischer Kandidaten und dem Schüren von Anti-System-Bewegungen“, einschließlich „ihrer Beteiligung an Protesten, um die öffentliche Agenda zu beeinflussen.“ Diese Informationslage wurde auch von zahlreichen anderen Medien aufgegriffen. Das Schreiben des Nachrichtendienstes SIE in rumänischer Sprache habe ich als Beleg dieser Antwort als Anhang beigelegt.

Die von Ihnen genannten Quellen, die den Sachverhalt vermeintlich anders darstellen, geben ihn allerdings nicht korrekt oder nur unzureichend wieder:

So wurde der Kampagne Călin Georgescus nicht vollständig von der liberal-konservativen Partei Rumäniens PNL finanziert. Der Sachverhalt war ein anderer. Der Originalrecherche zufolge finanzierte die PNL über Werbefirma Kensington eine Kampagne für westliche Werte und gegen Extremismus, ohne ihren Kandidaten Nicolae Ciuca zu nennen, um die Neutralität zu wahren. Nachträglich wurde die Kampagne ohne Kensingtons Zutun geändert, z.B. die Änderung der Formulierung „Gleichgewicht und Seriosität“ zu „Gleichgewicht und Unbeugsamkeit“, was Georgescus Wahlkampf unterstützte. Laut Snoop-Recherchen stimmte diese Kampagne mit der russischen „Bruder für Bruder“-Kampagne überein, die vor dem Angriff auf die Ukraine dort durchgeführt wurde. Einige der engagierten Influencer posteten von sich aus Georgescus Namen unter ihre Videos über den „perfekten Kandidaten“ oder widersprachen dessen Nennung nicht, ohne Absprache mit Kensington oder dem Vermittlerdienst FameUp. Insgesamt wurde die PNL-Kampagne für Georgescus Wahlkampf missbraucht, jedoch finden sich keine Belege, dass die gesamte Kampagne von der PNL bezahlt wurde. Erst recht finden sich keine Belege dafür, dass eine russische Einflussnahme inszeniert werden sollte.

Die Recherche von Snoop finden Sie unter folgendem Link. Der Artikel ist in rumänischer Sprache:

[ANAF a descoperit că PNL a plătit o campanie care l-a promovat masiv pe Călin Georgescu pe TikTok - Snoop](#)

Darüber hinaus ist in der von Ihnen genannten Quelle zur Annullierung der Wahl durch den Verfassungsgerichtshof von Rumänien die Reihenfolge missverständlich dargestellt. Tatsächlich hat es folgenden Ablauf gegeben: Das Verfassungsgericht erklärte am 3. Dezember 2024

die Wahl zunächst für rechtmäßig. Erst nach der Veröffentlichung von Informationen über Wahlkampfeinmischungen durch rumänische Geheimdienste revidierte das Gericht am 6. Dezember 2024 seine Entscheidung und annullierte die Wahl. Die Vorwürfe der Wahlmanipulation wurden also erst nach der ursprünglichen Anerkennung der Wahl erhoben.

Des Weiteren belegen die von Ihnen genannten Blogs keinesfalls eine Einflussnahme der NATO. Es handelt sich hierbei allenfalls um Spekulationen ohne dabei Quellen zu nennen. Auf der Seite „Nachdenkseiten“ wird sogar geschrieben, dass die dortigen Schilderungen bloß Zufall sein können.

Es handelt sich bei dem Sachverhalt also nicht, wie Sie meinen, um eine unklare Information. Es ergibt sich aus den genannten Quellen kein Anhaltspunkt für eine alternative Darstellung der Ereignisse um die Präsidentschaftswahlen in Rumänien im November 2024. Aus diesen Gründen kann ich Ihrem Anliegen nicht entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert

Anlage:

- Document CSAT SIE